



## FINANZ-, WIRTSCHAFTS- UND GESUNDHEITSPOLITIK

# Ja zum Neubau Bürgerspital Solothurn

### Spitalstandort Solothurn unverzichtbar

Rund ein Viertel aller stationären Spitalaufenthalte der Solothurnerinnen und Solothurner erfolgt im BSS, es stellt für insgesamt rund 120 000 Einwohnerinnen und Einwohner des oberen Kantonsteil die erweiterte Grundversorgung sicher. Drei unabhängige Expertenberichte haben einen Bedarf für den Neubau von rund 250 Betten ermittelt, um der geplanten Behandlung von jährlich 12 000 stationären und 7 000 tagesklinischen Patienten, den rund 700 Geburten und 70 000 Konsultationen in Ambulatorien zu genügen. Auch die Interkantonale Spitalplanung (BS, BS, AG, SO) weist einen klaren Bedarf für das BSS aus. Zusammen mit dem KSO in Olten stellen die beiden Spitäler die medizinische Grundversorgung am Jurasüdfuss sicher.

### Neubau dringend notwendig

Weil das Bürgerspital Solothurn in der Spitallandschaft seinen unbestrittenen Platz hat, stellt sich die Frage, wie mit der Infrastruktur umzugehen ist: Soll die bestehende Substanz renoviert und allenfalls ergänzt oder soll ein Neubau errichtet werden? Dies wurde durch anerkannte Experten umfassend abgeklärt.

Die vorhandenen Bauten (die historischen Altbauten sind gut 80 Jahre alt, das Ökonomiegebäude, das Bettenhochhaus und der Behandlungstrakt wurden 1974 fertiggestellt) genügen den Ansprüchen der modernen Medizin nicht mehr. Die veraltete Infrastruktur erschwert die Arbeit der Beschäftigten (rund 1 000 Vollzeitstellen und 200 Ausbildungsplätze) im BSS und beeinträchtigt die Qualität der Dienstleistungen. Bautechnisch wäre eine umfassende Sanierung der Spitalgebäude zwar

**«Die Betriebskosten wären nach einer Sanierung deutlich höher als bei einem Neubau»**

möglich, im Endeffekt aber etwa gleich teuer wie ein Neubau. Abgesehen von jahrelangen Provisorien und Baulärm wären die Betriebskosten nach einer Sanierung deutlich höher als bei einem Neubau. Die viel zu kleinen Bettenstationen und die verstreute Lage der Behandlungsräume würde weiterhin ein effizientes und damit kostengünstiges Arbeiten verunmöglichen. Konservativ geschätzt rechnet man beim Neubau mit jährlichen Betriebskosteneinsparungen von mindestens fünf Millionen Franken jährlich, was bei einer angenomme-

nen Betriebsdauer von 40 Jahren kumuliert rund 200 Millionen Franken ergibt.

### Bedürfnisgerechtes, finanzierbares Bauprojekt

Im Rahmen eines zweistufigen Wettbewerbsverfahrens wurde ein den planerischen Vorgaben entsprechendes, bedürfnisgerechtes Bauprojekt erarbeitet, welches den heutigen europäischen Standards entspricht. Mittels eines strengen, mehrstufigen Projektoptimierungsverfahrens konnten weitere Optimierungen und damit verbunden weitere Kostensenkungen (Investitions- wie Betriebskosten) erreicht werden. Die Investitionskosten belaufen sich auf 340 Millionen Franken und fallen hauptsächlich in den Jahren 2015 bis 2020 an. Sie sind in der Finanzplanung enthalten und für den Kanton tragbar. Behandlungstrakt und Bettenhaus sollten 2019 fertiggestellt sein, der Abbruch der zentralen Altbauten und der Neubau des Wirtschaftstraktes im Jahr 2022. Das mit dem Neubau verbundene Auftragsvolumen ist für das regionale Gewerbe von erheblicher Wichtigkeit, ebenso gross ist die wirtschaftliche Bedeutung des Spitalbetriebs als Arbeitgeber und für die zahlreichen Zulieferer.

Eine Spezialkommission des Kantonsrates hat der Vorlage mit 14:3 Stimmen klar zugestimmt. Sie betonte insbesondere, dass nur mit einem neuen, modernen BSS der Spitalbetrieb optimiert, die Arbeitssituation verbessert und die Unterhaltskosten gesenkt werden könnten. Der Kantonsrat hat dem Verpflichtungskredit für den Neubau an der März-Session mit 72:18 Stimmen zugestimmt und die Volksabstimmung findet voraussichtlich am 17. Juni 2012 statt. Die SP Kanton Solothurn wird an ihrer Delegiertenversammlung in Grenchen vom 3. Mai 2012 die Vorlage diskutieren. Im Interesse einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung und auch im Interesse der Beschäftigten im BSS empfehle ich – im Einklang mit der Vertretung der SP in der vorberatenden Spezialkommission – ganz klar ein JA für den Neubau des BSS.



zvg

Andreas Bühlmann

Chef Amt für Finanzen des Kantons Solothurn, Gemeindevizepräsident und alt Kantonsrat aus Biberist



## PARTEIPRÄSIDIUM

Am 3. Mai findet in Grenchen der ordentliche Parteitag der SP Kanton Solothurn statt. Auf [www.sp-so.ch](http://www.sp-so.ch) wird ab anfangs April die Traktandenliste veröffentlicht. Unter anderem wird das neue Parteipräsidium gewählt und die Parolen zum Neubau Bürgerspital gefasst. Wir freuen uns auf viel Teilnehmende. Für die Einladung wendest du dich bitte an deine Sektion.



### 1. Mai im Kanton Solothurn

- Balsthal beim Bürgerhaus, 15 Uhr mit Landamman Peter Gomm
- Olten beim Bifangplatz, 13.30 Uhr mit Co-Präsidentin Syndicom Danièle Lenzin
- Solothurn beim Gewerbeschulhaus, 14.45 Uhr mit Vizepräsident Second@s Schweiz Ivica Petrusic

### IMPRESSUM

SP Kanton Solothurn

Rossmarktplatz 1

Postfach 1555

4502 Solothurn

Telefon 032 622 07 77

E-Mail [info@sp-so.ch](mailto:info@sp-so.ch)

Adressänderungen bitte direkt an:

[linksabo@spschweiz.ch](mailto:linksabo@spschweiz.ch)

Etwas gehört? Etwas gesehen?

Schreib deine Meinung oder einen

Leserbrief an: [niklaus.wepfer@sp-so.ch](mailto:niklaus.wepfer@sp-so.ch)

Redaktionsschluss für den Regionalteil Solothurn der nächsten Ausgabe:

Donnerstag, 19. 4. 2012

Die nächste Ausgabe erscheint

Am 4. 5. 2012

## AUS DEM KANTONS RAT

### Mehr Sicherheit auf Fussgängerstreifen

Nachdem sich Ende 2011 in der Schweiz mehrere schwere Unfälle ereignet hatten, beschlossen diverse Kantone und Gemeinden ihre Zebrastreifen unter die Lupe zu nehmen. Es erstaunte mich, dass es im Kanton Solothurn bis zu meiner Anfrage noch zu keinen Abklärungen über Sicherheitsdefizite gekommen ist. Erst auf meinen politischen Druck hin will der Kanton aktiver werden. Ich fordere den Kanton in meiner Anfrage dazu auf, die Fussgängerstreifen systematisch zu prüfen und dann nach einer Prioritätenliste zu sanieren. Die Sensibilisierungskampagne von Bund und VCS sowie die mangelhaften Resultate des TCS-Fussgänger-Tests zeigen, dass die Erhöhung der Sicherheit bei Fussgängersicherheit aktiv angegangen werden muss.

Mögliche Massnahmen sind unter anderem der Bau einer Mittelinsel, das Zurückschneiden von Sträuchern am Strassenrand, damit die Sicht verbessert werden kann, oder eine bessere Beleuchtung der Zebrastreifen in der Nacht. Die Beleuchtung ist allerdings Sache der Gemeinden, auch auf Kantonsstrassen. Die Zahl der Unfälle auf Zebrastreifen ist von 27 im Jahr 2008 und 2009 auf 38 im Jahr 2010 angestiegen. Die Zahlen fürs vergangene Jahr veröffentlicht die Kantonspolizei Solothurn Ende März.

### Längerer Vaterschaftsurlaub – andere grosszügiger

Im interkantonalen Vergleich schneidet der Kanton Solothurn betreffend Vaterschaftsurlaub unterdurchschnittlich ab. Wie auch der Bund gewähren die meisten Kantone 5 Tage Urlaub. Die Privatwirtschaft kennt noch viel grosszügigere Regelungen mit bis zu zehn Tagen Vaterschaftsurlaub, z.B. Swisscom und Migros. Daher befürworte ich eine angemessene Erhöhung des Vaterschaftsurlaubes, der aktuell für Staatsangestellte zwei Tage beträgt. Das würde es frischgebackenen Vätern

ermöglichen, die Anfangsphase ihres Kindes voll mitzuerleben, ihre Partnerin zu unterstützen und allfällige weitere Kinder zu betreuen.

In kurzen und oberflächlichen Antworten begründet der Regierungsrat in seiner Antwort, warum das Anliegen für ihn «zurzeit nicht opportun» ist: Sparen ist angesagt. Die Regierung des Kantons Bern zeigt sich fortschrittlicher und gesteht ein, dass ihre zwei Urlaubstage im Vergleich relativ bescheiden seien und will eine Erhöhung prüfen. Die Solothurner Regierung findet aber, dass ein werdender Vater die Zeit vorarbeiten kann. Mit meinem Vorstoss will ich jedoch eine Entlastung der jungen Familiensituation erreichen und nicht eine zusätzliche Belastung aufbürden. Mit einer moderaten Erhöhung würde der Kanton Solothurn als Arbeitgeber auch konkurrenzfähiger.



**Simon Bürki**  
Kantonsrat, Biberist

### Mobilität für alle

Die Schweiz und insbesondere der Kanton Solothurn verfügt über einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr. Wie steht es jedoch mit der Infrastruktur der Bahnhöfe? Während im Bereich der Basler Regio S-Bahn an jedem Haltepunkt, niveaufrei ein- und ausgestiegen werden kann und allerorts mit Rampen die stufenlose Unterquerung der Gleise sichergestellt ist, sieht es am Jurasüdfuss ganz anders aus.

Es werden immer mehr moderne Niederflurzüge eingesetzt, welche mit der Normeinstiegshöhe von 55 Zentimeter über Schienenoberkante ausgerüstet sind. Die Bahnhöfe jedoch bleiben alt, das heisst die Perrons sind nur 30 Zentimeter hoch und nur über Stufen erreichbar. Das Behindertengleichstellungsgesetz verlangt die lückenlose Umsetzung der barrierefreien Zugänge bis ins

Jahr 2023. Dies dauert viel zu lange, dadurch werden Reisende mit Rollkoffern, Mütter oder Väter mit Kinderwagen, der Velotransport, Menschen mit Gehbehinderungen und viele mehr, schikaniert und ausgegrenzt.

Mit meinem Auftrag wollte ich den Regierungsrat motivieren in dieser Sache tätig zu werden und zu Prüfen ob mit einer Vorfinanzierung die «rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen der Eisenbahninfrastruktur» schneller vorangetrieben werden könnte.

Der Regierungsrat erkennt den Handlungsbedarf, er wird sich bei den entsprechenden Massnahmen im Rahmen der Programme einsetzen. Allerdings Allerdings ohne Vorfinanzierung, da es nicht am Geld fehlt sondern an der Baukapazität. Der Kantonsrat hat dem Auftrag am 20. März mit 47:27 Stimmen zugestimmt.



**Peter Schafer**  
Kantonsrat, Olten

### Rechtsungleichheit bei Gebühren

Die Einschreibengebühren, die beim Start der neuen Sek P an den Kantonsschulen von Olten und Solothurn erhoben wurden, sind zu Unrecht erhoben worden. Aufgrund eines Vorstosses von SP-Kantonsrat Ruedi Heutschi, Hägendorf wurde diese Rechtsungleichheit gegenüber den übrigen sieben Standorten sofort korrigiert. «Die Sek P ist auch ein Teil der Volksschule und dafür dürfen keine Gebühren erhoben werden», so Heutschi im Kantonsrat. Der Regierungsrat folgte der SP-Forderung umgehend und hat die Gebühr abgeschafft.



**Ruedi Heutschi**  
Kantonsrat, Hägendorf



## FAMILIENPOLITIK

# Ein Kind, eine Zulage!

Mit diesem Auftrag formuliert Kantonsrätin Susanne Schaffner aus Olten, ein altes Postulat von uns Sozialdemokraten. Das Gesetz über die Familienzulagen ist mit der AHV-Pflicht «verknüpft». Da bekanntlich nicht alle Personen AHV-pflichtig sind entstehen Lücken. Mit dem Auftrag Schaffner sollen zumindest einige dieser Lücken im Gesetz über die Familienzulagen geschlossen werden. So sollen Arbeitnehmende mit Arbeitgebern ohne Beitragspflicht und Arbeitnehmende, welche noch nicht AHV-Pflichtig sind, in den Genuss von Kinderzulagen kommen.

Kurt Blauer



Nichterwerbstätige Eltern, die noch nicht 20 Jahre alt sind, haben zurzeit keinen Anspruch auf Familienzulagen. Und auch wenn sie erwerbstätig wären, besteht immer noch kein Anspruch auf Familienzulagen, weil sie zu jung sind und in diesem Alter keine AHV-Pflicht besteht. Ebenfalls geprüft werden soll der Anspruch bei Nichterwerbstätigen, deren AHV-Pflicht durch das Wegfallen des Krankentaggeldanspruchs ebenfalls wegfällt. Und ebenfalls Anspruch auf Familienzulagen sollen Nichterwerbstätige, die ein steuerbares Einkommen von mehr als 41 760 Franken ausweisen, erhalten.

## SP fordert Auslegeordnung

Gemäss den Ausführungen des Regierungsrates wurde auf kantonale Besonderheiten verzichtet «um eine einfache und schlanke praktische Durchführung im Leistungsbereich» zu gewährleisten. Als ob eine solche Argumentationsführung denjenigen Familien helfen würde, die auf die Familienzulagen angewiesen sind. Im integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP wurde das Vorhaben «Ein Kind – eine Zulage» aufgenommen. Jedoch mit der Bemerkung ergänzt «In Koordination mit den Bemühungen auf Bundesebene». Was nichts anderes bedeutet, als dass lediglich die Bundesvorschrift nachvollzogen werde, wenn sie denn eintrifft. Die Prüfung des Auftrages durch das zuständige Amt ergab, so FDP-Regierungsrätin Esther Gassler anlässlich der Sitzung der Sozial- und Gesundheitskommission (SoGeko), ein Dilemma. Die Beantwortung wurde so umfangreich, detailliert und kompliziert, dass sich das Amt entschloss, der SoGeko eine Auslegeordnung zu beantragen. Damit sollten alle noch vor-

handenen Lücken im Familienzulagengesetz aufgezeigt werden. Ebenfalls damit verbunden wären eine Schätzung der Kosten und damit ein effektiver Überblick über diese Thematik.

**«Die SP wird sich voll dafür einsetzen, dass es pro Kind eine Zulage geben soll.»**

Mit diesem Vorgehen erklärte Gassler auch die sehr späte Antwort der Regierung auf den Auftrag Schaffner und, nota bene, sie entschuldigte sich dafür. Die SP-Mitglieder der SoGeko unterstützten dieses Vorgehen und verlangten, dass diese Auslegeordnung zeitgleich mit der Vernehmlassung zur Teilrevision des Sozialgesetzes – Anpassung an die Änderung vom 18. März des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG) – vorliegen sollte.

## SP fordert Gerechtigkeit

Die Änderung des Familienzulagengesetzes befasst sich zentral mit der Beitragspflicht von Selbständigerwerbenden und deren Anspruch auf Familienzulagen. Mit dieser Änderung auf Bundesebene wird eine der bestehenden Lücken geschlossen. Im Zuge der Bereinigung soll aus Sicht der Regierung auch gleich noch der Artikel gestrichen werden, der dem Kanton ermöglicht, über das Bundesgesetz hinausgehende Regelungen zu treffen. Diese Streichung lehnt die SP entschieden ab und fordert stattdessen wie die Regierung eine umfassende Auslegeordnung über die vorhandenen Lücken. Weiter fordert die SP in ihrer Vernehmlassung an den Regierungsrat (siehe auch auf [www.sp-so.ch](http://www.sp-so.ch) unter Vernehmlassungen), dass der Spielraum für die Kantone, wel-

cher das Bundesgesetz einräumt, ausgeschöpft wird, das heisst:

1. Ausdehnung des Anspruchs für Nichterwerbstätige
2. Vollständige Beitragsbefreiung für Nichterwerbstätige
3. gleiche Prämien für Selbständigerwerbende wie für Arbeitnehmende.

## SP hält was sie verspricht

Der Antrag des zuständigen Amtes auf Erhebung einer Auslegeordnung, entfachte in der Kommission eine sehr engagierte Diskussion. An deren Ende die SoGeko auf eine Auslegeordnung verzichtete. Man stelle sich vor, die zuständige Kommission will gar nicht wissen, was für Lücken bestehen. Von Mann und Frau könnte ja dann verlangt werden, dass eine Auswahl getroffen wird, da nicht alle Lücken gedeckt und finanziert werden könnten, so die Argumentation. Gut möglich, dass dereinst selbst eine Mehrheit des Kantonsrats diese Meinung vertritt und das Angebot der Regierung, eine Auslegeordnung vorzulegen, auch ablehnen wird. Diese inkonsequente (Familien) Politik der bürgerlichen VolksvertreterInnen in Kommission und Kantonsrat und die laufend leeren Wahlversprechen, sind ärgerlich und verzögern eine moderne und gerechte Familienpolitik. Die SP wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass es pro Kind eine Zulage geben soll.

Evelyn Borer, Dornach,  
Kantonsrätin und  
Mitglied der SoGeko



SP Oensingen

## Fahne im «Kreml» aufbewahrt



Der Vorstand der SP Oensingen mit der Fahne von 1918

Während vieler Jahrzehnte hing die Fahne des Sozialdemokratischen Arbeitervereins im «Kreml», so wurde das Restaurant Bechburg unter Oensingen genannt. Da dieses nun abgerissen ist, gelangte das wunderschöne Tuch in die Obhut der SP Oensingen. An der letzten GV wurde die Fahne den Anwesenden präsentiert. Ein Bericht mit Foto erschien in diversen Zeitungen und löste viele positive Reaktionen aus. Es waren auch einige Genossen anwesend, die lebhaft schildern konnten, wie und wo die Fahne zum Einsatz kam. Daniela Gerspacher war für

die Aufbewahrung des Objekts zuständig und erhielt eines Morgens von Peter Heim einen Anruf. Er machte den Vorschlag, das wertvolle Kulturgut ins Historische Museum in Olten zu überführen. Der Konservator Peter Kaiser zeigte sich erfreut, und versprach die Fahne kunstgerecht zu lagern und wenn nötig zu restaurieren. Die SP Oensingen überbrachte gleichen Tags das wertvolle Stück inklusive Tragegurt und Trauerflor in die Obhut des Museums. Peter Kaiser hat den SP Mitgliedern eine Sonderführung in Aussicht gestellt. DGO

SP Amtei Olten-Gösgen

## Frisch gestärkt ins Vorwahljahr



Urs Huber, Bea Widmer, Edwin Loncar, Karl Tanner, Jeanette Brotzer-Dinkel, Sämi Bündler, Shirkou Moradi. Es fehlt Claude Wagner.

Die SP der Amtei Olten-Gösgen hat ihre Geschäftsleitung erneuert. Mit Karl Tanner, Gemeindepräsident von Trimbach, wurde das Gremium um eine wichtige Persönlichkeit erweitert. Sonst standen der Parteitag und die Wahlen im Zeichen der Kontinuität. Amteipräsident Urs Huber stehen als weitere Mitglieder der Geschäftsleitung zur Seite: Bea Widmer Strähl (Vizepräsidentin und Aktuarin), Jeanette Brotzer-

Dinkel (Kasse), Claude Wagner, Sämi Bündler, Shirkou Moradi und Edwin Loncar. Den Parteitag in Trimbach besuchten gegen dreissig Personen, unter ihnen Peter Gomm. Für Urs Huber heisst Engagement in der Partei nicht nur Politik und Wahlen. Wichtig ist ihm, dass die Partei auch Möglichkeiten zur Begegnung mit einem weiteren Gesichtskreis schafft. Als Beispiele dafür nannte Urs Huber das 1.-Mai-Fest, das Fussballtur-

nier in Olten, das Rosenfest und den Bänzejass. «Es politisiert sich leichter, wenn man sich nicht nur mit Positionspapieren und Grundfragen auseinandersetzen muss, sondern auch ab und zu gemeinsam ein fröhliches Fest feiert.» Edwin Loncar und Mara Moser stellten die Volksinitiati-

ve vor, mit im Kanton Solothurn das Problem der undurchsichtigen Finanzierung von Parteien, Wahl- und Abstimmungskämpfen anpacken will. Die Junge SP will ihre Volksinitiative demnächst bereinigen und dann umgehend mit dem Sammeln von Unterschriften beginnen. CAO, Quelle OT

SP Amtei Solothurn-Lebern

## Politparkett oder Theaterbühne?



Roberto Zanetti und Katrin Leuenberger

Schön sei es vor einem vollen Saal zu sprechen, meinte die Präsidentin Katrin Leuenberger zur Begrüssung. Tatsächlich fanden gut 30 Leute den Weg in den Saal des Restaurants Traube in Langendorf um den SP-Parlamentariern zu lauschen. Enttäuscht wurden sie nicht, denn der Abend war gespickt mit spannenden Themen und Einblicken ins Funktionieren des Parlamentsbetriebes während der Frühlingssession. Nach der Begrüssung der SP Langendorf durch Andreas Loser blickte Gemeindepräsident Hans-Peter Berger zurück auf die Gründungszeiten der SP Langendorf, als eine Parteimitgliedschaft noch eine Kündigung nach sich ziehen konnte. Speziell begrüßte er Hugo Geiser, ein Nachfahre des Gründers der Langendörfer SP-Sektion. Den Anfang der Referate machte Bea Heim, die zur Energiewende sprach. Soeben hat der Nationalrat die Revision des Raumplanungsgesetzes verabschiedet. Darin ist festgehalten, dass Solaranlagen auf Dächern nicht mehr bewilligungspflichtig sind. Roberto Zanetti erntete viele Lacher, als er auf einen erhaltenen bösen Brief anspielte. Nur einmal sei er ohne schweren Koffer nach Bern gefahren. Ausgerechnet dann habe ihn im Zug

ein besorgter Bürger gesehen und sich danach per Brief über seine mangelnde Seriosität beklagt – ein Politiker ohne schwere Aktentasche, das geht doch nicht! Seither ist Zanetti mit Rollkoffer unterwegs. Roberto Zanetti erinnerte sich daran, dass er genau vor zwei Jahren, am 1. März, als Nachfolger des verstorbenen Ernst Leuenberger vereidigt wurde. Dazu verwies er auf eine spannende Ständeratsdebatte bezüglich Grundrechtsverletzungen bei Volksinitiativen. Dieses Spannungsfeld, Grundrecht versus Volksrecht, sei höchst komplex. Er wies die Versammlung darauf hin, dass eine Debatte über eine Verfassungsgerichtsbarkeit kommen werde. Philipp Hadorn teilte mit den Zuhörern im Saal seine Eindrücke als neuer Nationalrat und sprach das Problem der Lobbyisten an, verwehrte sich aber dagegen, dass Gewerkschafter zu den Lobbyisten gezählt würden. Gewerkschafter setzen sich zu Recht für einen grossen Teil der Bevölkerung, die ArbeitnehmerInnen ein. Zum Kauf der Kampfjets meinte Hadorn, dass auch Bürgerliche sich langsam fragen, woher man die Milliarden dafür nehmen solle und die Unterstützung für Ueli Maurer in dieser Frage auch im bürgerlichen Lager abnimmt. KLS